

Mehrsprachigkeit nutzen, was sonst?

Der NRW-Landtag debattiert die Thematik

Wer über Mehrsprachigkeit in der Bildung diskutiert, macht ein zentrales Thema im Einwanderungsland NRW zum Gegenstand der Debatte. Es betrifft die gesamte Lernbiografie, nicht nur die vorschulische Sprachstandserhebung und Sprachförderung.

Es war daher konsequent, dass CDU und Grüne im Koalitionsvertrag formuliert haben: „Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance und Potenzial, die wir ausschöpfen und fördern wollen. Kompetenz in deutscher Sprache zu fördern, ist eine zentrale Aufgabe der Schulen für alle Kinder und essenziell für die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Dafür bedarf es, aufbauend auf den bestehenden Strukturen, einer Alphabetisierungsstrategie an weiterführenden Schulen.“ (Koalitionsvertrag von CDU und Grünen - Zeile 2797 ff)

Daraus resultierte u.a. ein Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen unter der Überschrift „Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung“, der im Dezember 2025 im Schulausschuss im Landtag Gegenstand einer Anhörung war. Die FDP legte einen eigenen Entschließungsantrag vor. Die Kritik der FDP bezieht sich vor allem auf die folgende Passage im Antrag. Es sollen – laut CDU und Grünen - u.a. Regelungen angepasst werden, „sodass fachliche Kompetenzen auch dann angemessen erfasst werden können, wenn ein Kind aufgrund noch unzureichender Deutschkenntnisse seine

Kompetenzen nicht vollständig darstellen kann (...).“

Die notwendige Fachdebatte wurde „von rechts“ instrumentalisiert. Unter der Überschrift „NRW startet mit den Schulen in die babylonische Sprachverwirrung“ wurde polemisch kommentiert: „Nun will die grün-grün (offiziell: unions-grün) geführte NRW-Landesregierung qua Landtagsbeschluss eine 'Verankerung von Mehrsprachigkeit über die gesamte Schullaufbahn' an den NRW-Schulen voranbringen. Es geht aber offenbar nicht um die Einführung einer verpflichtenden ersten oder zweiten oder dritten Fremdsprache. Sondern quasi um den Ersatz der deutschen Sprache durch die eine oder andere Herkunftssprache von Migrantenkindern.“ (Tichys Einblick) **Übel!**

Im Rahmen der Anhörung nahm auch Prof. Dr. Judith Purkarthofer Stellung, die wir für einen Beitrag gewinnen konnten, Seite 19ff.



Michael Schulte

Mitglied im
GGG-Landes-
vorstand



Antrag der Fraktionen der
CDU und der Grünen (2025)



Entschließungsantrag der
Fraktion der FDP (2025)



Antrag der
Fraktion der SPD (2024)